

## **Wahlprüfstein FIAN Deutschland zum Menschenrecht auf Nahrung**

1. *Wie werden Sie während der kommenden Legislaturperiode die konkrete Umsetzung der FAO-Leitlinien zum Recht auf Nahrung in Entwicklungsländern fördern?*

Armut- und Hungerbekämpfung gehören zu den primären Zielen liberaler Menschenrechts- und Entwicklungspolitik. Daher begrüßen wir die Leitlinien der FAO zum Recht auf Nahrung. Zur Umsetzung der Leitlinien setzen wir unter anderem auf die Zusammenarbeit mit NRO's und mit dem privaten Sektor. Zur Stärkung der Leitlinien ist eine freiwillige Berichterstattung über deren Umsetzung von Vorteil.

2. *Angesichts der Tatsache, dass ca. 80% der Hungernden auf dem Land leben, gedenken Sie die öffentlichen Mittel für bilaterale Entwicklungszusammenarbeit im Bereich ländliche Entwicklung den Herausforderungen entsprechend aufzustocken?*

Der von der FDP geforderte Abbau von Handelsschranken der Europäischen Union, der Abbau von EU-Subventionen für EU-Agrarprodukte und die Förderung des Nord-Süd-Handels kommen besonders den ländlichen Regionen in den Entwicklungsländern zugute.

Der Hunger in ländlichen Regionen von Entwicklungsländern hat seine Ursache oft in fehlenden Transportkapazitäten und mangelnder Verkehrsinfrastruktur; deswegen ist auf diesem Gebiet nicht die Stärkung der bilateralen Zusammenarbeit nötig, sondern die der multilateralen, insbesondere der EU-Entwicklungszusammenarbeit; denn große Infrastrukturprojekte, wie sie für die Entwicklung des ländlichen Raums notwendig sind, sind nur multilateral umzusetzen.

3. *Wie wollen Sie sicherstellen, dass Frauen in Entwicklungsländern gleichberechtigten Zugang zu Land, Wasser, Saatgut und anderen Produktionsmitteln erhalten und ihre Rechte entsprechend in den gesetzlichen Rahmenbedingungen verankert werden?*

Die FDP setzt sich für die Ächtung jedweder Diskriminierung ein. Eine Ungleichbehandlung von Frauen oder Männern beim Zugang zu Land, Wasser und Produktionsmitteln ist nicht hinnehmbar. Daher ist es wichtig, Entwicklungsländer zur Ratifizierung und zur Durchsetzung internationaler Anti-Diskriminierungs-Abkommen zu bewegen und dadurch den Grundsatz der Gleichberechtigung stärker in den jeweiligen Gesellschaften zu verankern. Denn neben der Durchsetzung rechtlicher Rahmenbedingungen ist es wichtig, das gesellschaftliche Bewusstsein zu ändern.

4. *Durch welche Maßnahmen der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit werden Sie umverteilende Landreformen in Entwicklungsländern fördern?*

Die FDP unterstützt – im Unterschied zur rot-grünen Bundesregierung – umverteilende Landreformen nur in begründeten Ausnahmefällen. Auch Eigentum ist ein Menschenrecht, und nur dort wo Großgrundbesitz nachweislich Entwicklung hemmt, darf über Landreformen nachgedacht werden. Deshalb verfolgen wir die Diskussion um die Landreform in Namibia durchaus kritisch. Die FDP steht aber klar zu einer verstärkten Beratung für (Neu-)Bauern in Entwicklungsländern. Mehr als sozialistische Landreformen zu Lasten von Großfarmern helfen nach unserer Ansicht Legalisierungen von informellem Bodeneigentum: Dort, wo Arme sich städtisches und staatliches Land formal illegal zu Wohn- und landwirtschaftlichen Zwecken angeeignet haben, sollten diese Flächen dringend in legales Eigentum umgewandelt werden, damit die Betroffenen aus der Illegalität heraus und in den normalen Wirtschaftskreislauf hineinkommen.

5. *Wie wollen Sie sicherstellen, dass Handelsabkommen, etwas das Agrarabkommen der WTO, die Möglichkeiten zum Schutz und zur Förderung kleinbäuerlicher Landwirtschaft nicht einschränken?*

Siehe unter 6.

6. *Wie wollen Sie sicherstellen, dass europäische Agrarsubventionen in Zukunft nicht mehr zum Export von Agrargütern unter Produktionskosten und damit zu Verletzungen des Rechts auf Nahrung in Entwicklungsländern führen?*

Die FDP hat ihr Modell der Kulturlandschaftsprämie auf dem Bundesparteitag 2001 einstimmig beschlossen. Kernpunkt des FDP-Modells ist die Stärkung der unternehmerischen Landwirtschaft durch eine Entkopplung der Prämien von der Produktion. Landwirte werden für ihre Leistungen zur Pflege und für den Erhalt der Kulturlandschaft honoriert. Landwirte produzieren für die nachfragenden Märkte unter Einhaltung der Fachgesetze im Tier-, Umwelt- und Verbraucherschutz. Dadurch wird Bürokratie abgebaut, Überschüsse werden verringert und notwendige entwicklungs- und handelspolitische Korrekturen vorgenommen sowie der EU-Haushalt deutlich entlastet.

Das FDP-Modell einer Kulturlandschaftsprämie wurde mit der Umsetzung der EU-Agrarreform in 2005 in Deutschland und der Europäischen Union verwirklicht. Damit hat die FDP mit ihrem

Modell der Kulturlandschaftsprämie den Grundstein für diese marktwirtschaftlichere Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik gelegt. Die FDP setzt sich vor diesem Hintergrund für die Abschaffung der EU-Exportsubventionen ein, insbesondere weil diese zu massiven Handelsverzerrungen vor allem gegenüber Entwicklungsländern führen. Darunter leidet dort vor allem deren Landbevölkerung und kleinbäuerliche Betriebe, die auf den Export von agrarischen Rohstoffen und den damit verbundenen Einnahmen besonders angewiesen sind.

Freier Handel ist fairer Handel. Von einem freien Handel profitieren vor allem die Entwicklungsländer und die kleinbäuerliche Landwirtschaft. Deshalb ist es aus agrar- und entwicklungspolitischer Sicht wichtig und notwendig, dass die laufende WTO-Runde zu einem weiteren Abbau des Agrarprotektionismus in allen beteiligten Ländern führt. Flankierend müssen die kleinbäuerlichen Betriebe in den Entwicklungsländern über die verschiedenen Entwicklungshilfeorganisationen wie z. B. die GTZ besonders unterstützt werden.

*7. Wie wollen Sie verhindern, dass geistige Eigentumsrechte an Saatgut und anderen Lebensformen die Ernährungssicherheit weltweit gefährden? Welchen Standpunkt hat Ihre Partei zur Nutzung von und Forschung an der GUR-Technologie (Terminator-Technologie)?*

Die FDP tritt für die verantwortbare Nutzung der Grünen Gentechnik in der Landwirtschaft ein. Die Potenziale der Grünen Gentechnik sind vielfältig. Sie betreffen viele Lebensbereiche und bieten Vorteile für Verbraucher, Umwelt und Landwirtschaft: Verminderung von Umweltbelastungen, Verbesserung der Nahrungsmittel, Optimierung nachwachsender Rohstoffe. Der Anbau von genetisch veränderten Kulturpflanzen ist ethisch vertretbar. Bei Kulturpflanzen mit besonderen Eigenschaften, z. B. Goldener Reis, kann der Anbau ethisch geboten sein, weil durch die damit verbesserte Vitamin A-Versorgung vor allem Kinder in Entwicklungsländern besser vor Erblindung geschützt werden. Die umfangreichen Zulassungsverfahren für genetisch veränderte Kulturpflanzen sichern die Unbedenklichkeit der aus ihnen hergestellten Nahrungs- und Futtermittel. Der Anbau genetisch veränderter Kulturpflanzen bedeutet keine durch das Züchtungsverfahren bedingte Belastung der Umwelt. Über die Einführung neuer technischer Methoden und den daraus entwickelten Produkten entscheidet der Markt. Das gilt auch für die Grüne Gentechnik. Das neue rot-grüne Gentechnikrecht blockiert die Grüne Gentechnik in Deutschland. Die FDP wird das innovationsfeindliche Gentechnikrecht grundlegend korrigieren. Das gilt vorrangig für die Praxis untauglicher Regelungen, für die Haftung und das unbeabsichtigte Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Pflanzen.

8. *Wie werden Sie durchsetzen, dass in Hungerkrisen das Wahlrecht der betroffenen Länder respektiert wird zu wählen, ob sie gentechnisch veränderte Nahrungsmittelhilfe empfangen wollen oder nicht?*

Das Wahlrecht der betroffenen Länder, zu wählen, ob sie gentechnisch veränderte Nahrungsmittelhilfe empfangen wollen oder nicht, ergibt sich aus der Souveränität und der Gleichheit von Staaten. Entwicklungspolitik ist keine Almosenpolitik sondern Zukunftsinvestition, bei der die Länder in die Lage versetzt werden, ihre Potentiale auszubauen und zu nutzen. Dazu gehört auch das eigenständige Wahlrecht über die Art der Nahrungsmittelhilfe.

9. *Wie gedenken Sie sich innerhalb der UN, der EU und bei einzelnen Regierungen dafür einzusetzen, dass das Menschenrecht auf Wasser eine politische Anerkennung erfährt und rechtlich gestärkt wird?*

Zentrales Anliegen der Menschenrechte ist es, die Würde und das Leben des Einzelnen zu schützen. Dazu gehören elementar das Recht auf Nahrung und das Recht auf Wasser. Das Recht auf Wasser wurde durch den FDP-Obmann und Leiter der Delegationsreise zur Menschenrechtskommission 2005 in Genf, Rainer Funke, dort thematisiert. Die FDP unterstützt die Reform der Menschenrechtskommission zu einem ständigen Menschenrechtsrat, welcher sich stärker mit Menschenrechtsverletzungen und eingehender mit einzelnen Menschenrechtsthemen befassen soll. Dazu gehört auch das Recht auf Wasser.

10. *Welche Schritte gedenken Sie zu unternehmen, um die Verhandlungen über ein Beschwerdeverfahren zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten voran zu bringen und ein entsprechendes Fakultativprotokoll zum UN-Sozialpakt zu verabschieden?*

Die Stärkung der UN und ihrer Glaubwürdigkeit im internationalen Menschenrechtsschutz ist zentrales Anliegen unserer Menschenrechtspolitik. Um die Verhandlungen über ein Beschwerdeverfahren zu wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten voran zu bringen ist eine enge Konsultation mit den EU-Partnerländern nötig, um so den Bemühungen auch auf UN-Ebene mehr Gewicht zu verleihen.